

Mai 1998

Klemens Büscher Valeriu Moşneaga

**Die Moldaurepublik
vor dem Neubeginn?**

Parlamentswahlen und Regierungsbildung
im siebten Jahr der Unabhängigkeit

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

BÜRO KIEW

C 98 - 03705

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Kiew**

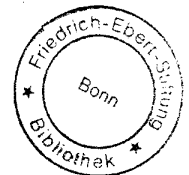
Klemens Büscher

Valeriu Moşneaga

Die Moldaurepublik vor dem Neubeginn?
Parlamentswahlen und Regierungsbildung im siebten Jahr der Unabhängigkeit

Aktuelle Studien 2
Mai 1998

C 98 - 03705



Klemens Büscher ist Doktorand am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln.

Valeriu Moşneaga ist Politologe an der Staatlichen Universität Chişinău und Leiter des unabhängigen Forschungszentrums „Perspektive“.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung ist (auch in Auszügen) nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der FES gestattet.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Kiew
POB 470/1
UA-252004 Kyiv
Telefon/Telefax: ++38 044 - 220 43 78
Internet: <http://www.fesukraine.kiev.ua>
E-mail: wsdeters@fesukraine.ru.kiev.ua

© Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 1998

Inhalt	Seite
Moldovas sowjetisches Erbe	5
Bilanz der ersten Regierung Ciubuc	6
Die Parlamentswahlen	9
Strategien der Parteien im Wahlkampf	
Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM)	13
Demokratische Konvention Moldovas (DKM)	14
Bündnis „Für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova“ (BDPM)	15
Partei der Demokratischen Kräfte (PDK)	16
Demokratische Agrarpartei Moldovas (DAPM)	17
Block „Sozialistische Einheit“	18
Andere Parteien	19
Der lange Weg zur Regierungsbildung	
Die Mitte-Rechts-Koalition	20
Die zweite Regierung Ciubuc	22
Perspektiven für einen Neubeginn	
Die Stabilität der Regierung	24
Der Transnistrienkonflikt	25
Neubeginn der Reformpolitik	27

Die Moldaurepublik vor dem Neubeginn?

Parlamentswahlen und Regierungsbildung im siebten Jahr der Unabhängigkeit

Moldovas sowjetisches Erbe

Seit beinahe sieben Jahren ist die Republik Moldau, ehemals als „Moldawien“ Unionsrepublik im Verband der Sowjetunion, ein unabhängiger Staat. Sieben Jahre ringt das Land bei seinen Bemühungen um Konsolidierung der Unabhängigkeit mit einer schweren Last aus sowjetischer Erbschaft:¹

- das Staatsgebiet ist klein, besteht aus unterschiedlich geprägten Territorien und verfügt über keinen direkten Zugang zum nahegelegenen Schwarzen Meer;
- die Bevölkerung ist ethnisch gemischt und während der Sowjetzeit nicht zu einem homogenen Ganzen zusammengewachsen;
- die sowjetische Nationalitätenpolitik mündete Ende der achtziger Jahre in heftige Konflikte, die zur dauerhaften Abspaltung eines Teils der Republik führten;
- das Land verfügt über eine unausgewogene, überwiegend agrarische Wirtschaftsstruktur mit schwerindustriellen Zentren vor allem im abgespaltenen Osten;
- aufgrund der extremen Rohstoffarmut ist Moldova auf den kostspieligen Import von Energieträgern angewiesen;
- aus der Randlage im zentralistischen Sowjetreich erbt die Republik einen ausgeprägten Mangel an Eliten in allen Bereichen, die für den Aufbau eines unabhängigen Staates entscheidend sind;
- Mentalität der Bevölkerung und politische Kultur bilden eine fragile Grundlage für die Entwicklung von Zivilgesellschaft, Demokratie und moderner Marktwirtschaft.²

Ungeachtet dieser problematischen Ausgangslage gelang es der Moldaurepublik in den vergangenen Jahren, wichtige Etappen auf dem Weg der Konsolidierung des Staates zurückzulegen. Auch die zweiten freien Parlamentswahlen vom März 1998 bestätigten die Ernsthaftigkeit, mit der sich das Land schrittweise als demokratischer, souveräner Staat etabliert. Allerdings fehlte in der bisherigen Entwicklung eine

¹ Für einen frühen Überblick über die Transformationsbedingungen Moldovas vgl. Charles King: Post-Soviet Moldova: A Borderland in Transition, London 1995; Rudolf A. Mark: Moldova - Probleme mit der nationalen und staatlichen Selbstfindung, in: Ethnos - Nation. Eine europäische Zeitschrift 3 (1995), H. 1, S. 27-39.

² Vgl. William Crowther: The Politics of Democratization in Postcommunist Moldova, in: Karen Dawisha/Bruce Parrott (Hg.): Democratic Changes and Authoritarian Reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova, Cambridge 1997, S. 282-329; Iurie Josanu: Elitele politice: între tradiție și modernitate, in: Arena Politicii 1, H. 9 (martie) 1997, S. 13-14; Gheorghe Cojocaru: Simptomele decepției de libertate, in: ebd., S. 16-17.

Regierung, die zu entschlossenen sozioökonomischen Reformen bereit und in der Lage gewesen wäre. Moldova ist mit einer dramatischen Wirtschaftskrise konfrontiert, die die Stabilität des jungen Staates gefährdet. Ende Mai 1998 wurde erstmals eine Reformregierung vereidigt, die sich der anstehenden Aufgaben bewußt ist und über ausreichenden Rückhalt im Parlament verfügt. Gemeinsam mit dem Präsidenten Petru Lucinschi hat die neue Regierung in den kommenden Monaten die Chance, den Reformstau abzubauen und die Grundlage für einen dauerhaften Aufschwung in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen.

Bilanz der ersten Regierung Ciubuc

Nach den Anfangserfolgen der moldauischen Transformation und einer Phase relativer Stabilität geriet die Republik Moldau seit 1995 immer tiefer in eine umfassende politische und wirtschaftliche Krise³, die im Dezember 1996 zur Ablösung Mircea Snegurs durch Petru Lucinschi an der Spitze des Staates führte. Unmittelbar danach machte das Kabinett des bisherigen Ministerpräsidenten Andrei Sangheli einer neuen Regierung Platz, die von dem als moderater Reformler geltenden Ion Ciubuc geführt wurde.⁴ Der von seiner Ausstrahlung her eher blasse Ciubuc genoß die uneingeschränkte Unterstützung Lucinschis und ließ selbst keine Zweifel an seiner Loyalität gegenüber dem populären Präsidenten aufkommen. Die enge Beziehung der beiden resultiert nicht zuletzt aus der gleichen Herangehensweise an Politik und Machtausübung: Beide stellen den Ausgleich, die Versöhnung in den Vordergrund und sind bereit, dafür weitreichende Kompromisse einzugehen. Beide Politiker sind durch ein technokratisches Politikverständnis geprägt und haben Vorbehalte gegenüber eindeutigen politischen Positionen, die sie als Politisierung empfinden. Ihre zentristische Haltung orientiert sich zuweilen eher am Mittelweg zwischen den in der Gesellschaft vorgefundenen Extremen denn an eigenen Überzeugungen.

Allerdings mußten Präsident und Premier im Verlauf des Jahres 1997 mit ansehen, wie diese zentristische Politik an den drängenden Problemen des Landes scheiterte.

³ Zur Wirtschaftskrise 1995/96 vgl. ausführlich P. Kožokaru, A. Gudym: *Ekonomičeskaja reforma i preodolenie krizisa*, in: *Socioanaliz*, H. 1/1996, S. 41-50; Johannes Rehner/Hermann Clement: *Moldawien*, in: Hermann Clement u.a.: *Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern*, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 200, April 1997, S. 103-110.

⁴ Zu den Präsidentschaftswahlen und der Entwicklung bis zum Frühjahr 1997 siehe Klemens Büscher: *Machtwechsel in Chişinău*. Die Republik Moldau unter neuer Führung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew, Aktuelle Studien 1, Mai 1997; V. G. Mošnjaga: *Moldova-96: prezidentskie vybory, političeskie partii i izbiratel'nye tehnologii*, Kişinev 1997; Igor Munteanu: *Alegeri prezidenţiale în Moldova*, in: *Arena Politicii* 1, H. 7/1997, S. 9-11. Zum ersten Kabinett Ciubuc siehe auch Hermann K. Reischitz: *Die zweite Wende*, in: *Der Donauraum* 36 (1996), H. 3/4 (Sonderheft „Republik Moldova“), S. 84-86.

Die Regierung erarbeitete zwar ein umfassendes Reformprogramm⁵, das reales Wachstum und eine Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion bewirken sollte, nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1996 um katastrophale 8% geschrumpft war. Auch mangelte es nicht an Lippenbekenntnissen der Parlamentarier zur grundsätzlichen Unterstützung der Regierung. Die zögerliche, reformfeindliche Mehrheit der Abgeordneten ließ sich jedoch weder von den konkreten Initiativen Ciubucs noch von Appellen Lucinschis überzeugen.⁶ Zudem lähmte der im Spätsommer einsetzende Wahlkampf die Aktivitäten des Parlaments. Die Bilanz der Regierung Ciubuc fällt daher insgesamt negativ aus: Die gesamtwirtschaftliche Lage, das zentrale Problem für die Führung des Landes, hat sich bis zum Frühjahr 1998 nicht entscheidend verbessert.⁷ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Moldova zu den größten osteuropäischen „Opfern“ der vom asiatischen Markt ausgehenden Finanzkrise zählt.⁸

Zwar erreichte Moldova 1997 erstmals in den neunziger Jahren ein Wirtschaftswachstum, das jedoch mit 1,3% zu gering ausfiel und strukturell auf schwacher Grundlage steht. Auch die Inflationsrate wurde im Jahr 1997 wie erwartet weiter auf 11,2% gesenkt. Doch das immense Haushaltsdefizit konnte nur geringfügig auf 7,7% des BIP statt der geplanten 4,5% gesenkt werden. Und auch dieser bescheidene Erfolg ist nicht auf eine konsequente Konsolidierungspolitik, sondern in erster Linie auf den Verkauf von 21 MiG-29 Kampfflugzeugen an die USA zurückzuführen.⁹ Der Ende Dezember verabschiedete Haushalt für 1998 mit dem Ziel, das Defizit auf 3,5% des BIP zu begrenzen, gilt in Expertenkreisen als weitgehend unrealistisch, da weitere einmalige Einnahmequellen nur begrenzt zu erschließen sein werden. Zudem konnte die Einnahmequote bei Steuern und Abgaben bislang nicht effizient erhöht werden. Belastend wirkt sich insbesondere das bedrohlich angewachsene Außenhandelsdefizit aus, das mit 344 Mio. US-\$ bereits 38% des Exportvolumens ausmacht. Zu den negativen Konsequenzen der Budgetprobleme zählt insbesondere der starke Rückgang der Investitionen, der zu einer Leistungsminderung der

⁵ „Programma dejatel'nosti Pravitel'stva Respubliki Moldova na janvar' 1997 g. - mart 1998 g. (Osnovnye položenija)“, *Ekonomičeskoe obozrenie*-Logos press, N. 10, mart 1997, S. 16f.

⁶ Stellvertretend sei auf die von Ciubuc beschlossene und von der Weltbank geforderte Erhöhung der Energietarife verwiesen, die von einer Mehrheit aus Agrardemokraten, „Sozialistischer Einheit“ und Kommunisten abgelehnt bzw. durch den Beschluß von Kompensationszahlungen konterkariert wurde. Zur Haltung der drei Parteien siehe *Zemlja i ljudi*, 18.10.1997, S. 2; *Edinstvo*, 9.10.1997, S. 1; *Kommunist*, 17.10.1997, S. 5; zu den Kompensationszahlungen vgl. *Ekonomičeskoe obozrenie*-Logos press, N. 38, oktjabrja 1997, S. 1.

⁷ Vgl. *The Economist Intelligence Unit*, Country Report Belarus - Moldova, 1st quarter 1998.

⁸ Vgl. *Eastern Europe Looking for a Way Back*, Supplement to *Euromoney*, April 1998 (www.euromoney.com); Ion Ciubuc selbst zog am 10.4.1998 auf einer Pressekonferenz ausführlich Bilanz über seine Amtszeit, siehe „Nadejus“, *što sdellanoe nami budet sposobstvovat' social'no-ekonomičeskomu razvitiju strany*, *Nezavisimaja Moldova*, 14.4.1998, S. 1-2.

⁹ Vgl. *Moldovan Economic Trends*, Quarterly Issue October-December 1997, Febr. 1998, S. 45, 53.

betroffenen Branchen führt und die mittel- und langfristigen Wachstumschancen der Wirtschaft erheblich beeinträchtigt.¹⁰

Besonders dramatisch erscheint darüber hinaus der weitere Anstieg der Auslandsverschuldung auf 1.300 Mio. US-\$, also annähernd 60% des BIP, aufgrund zusätzlicher Kreditfinanzierung des Haushaltsdefizits. Neben den hohen Schulden für russische Gaslieferungen sind auch die Verbindlichkeiten gegenüber internationalen Finanzorganisationen angestiegen. Die hochgradige doppelte Abhängigkeit des Landes von Rußland einerseits, IWF und Weltbank andererseits konnte nicht verringert werden. Im Februar 1998 sah sich Chişinău gezwungen, dem russischen Gasprom-Konzern 50% der Eigentumsrechte an der nach Rumänien und Bulgarien führenden moldauischen Gaspipeline zu übertragen - und beraubte sich damit einer Einnahmequelle von strategischer Bedeutung.¹¹ Die Beziehungen zu Weltbank und IWF erreichten im Frühjahr 1998 einen Tiefpunkt, weil die erwarteten und vereinbarten strukturellen Reformen ausblieben. Sieben von acht Verpflichtungen gegenüber dem IWF wurden 1997 nicht umgesetzt.¹² In der Folge wurden seit November 1997 sämtliche Kreditzahlungen durch IWF und Weltbank eingestellt.¹³ Die Praxis der Subventionierung von Monopolriesen und bankrotten Agrofirmer konnte die entsprechende Parlamentslobby auch 1997 verteidigen,¹⁴ so daß innovative und effektive Unternehmen weiterhin benachteiligt sind. Insgesamt ist der private Sektor noch fragil und das marktwirtschaftliche Institutionengefüge unterentwickelt. Die Demonopolisierung von Großbetrieben kommt ebenso schleppend voran wie die Privatisierung strategischer Industrien. Noch 1996 war der Versuch, die moldauische Tabakindustrie an einen strategischen Auslandsinvestor zu verkaufen, an der zögerlichen Haltung Chişinăus gescheitert. Wenig Fortschritte gab es 1997 auch bei der Landreform und -privatisierung, einem für das Agrarland Moldova immens wichtigen Problembereich.¹⁵ Derweil nehmen Bartergeschäfte und Zahlungen in die Renten- und Sozialfonds in Form von landwirtschaftlicher Produktion zu.

Auch die soziale Lage hat mittlerweile einen Tiefpunkt erreicht. Die verdeckte Arbeitslosigkeit liegt bei geschätzten 15%. Der gegenwärtige (April 1998) Durchschnittslohn von monatlich 247 Lei (52 US-\$) entspricht zwar einer realen Steigerung von knapp 20% gegenüber dem Vorjahr, deckt jedoch nur 48% des minimalen Warenkorb (535 Lei). Die Renten erreichen gar nur einen Durchschnittsbetrag von 80 Lei (17 US-\$) im Monat. Insgesamt erhalten etwa 21% der Bevölkerung (ohne

¹⁰ Vgl. Rehner/Clement (Fn. 3), S. 104.

¹¹ 1997 wurden bereits moldauische Weingüter auf russischem Gebiet an Gasprom transferiert.

¹² Vgl. Moldovan Economic Trends (Fn. 9), S. 5.

¹³ Infotag, 13.5.1998.

¹⁴ Der Staatshaushalt für 1998 fand erst Ende Dezember 1997 eine Mehrheit im Parlament, nachdem die Agrarlobby erneut höhere landwirtschaftliche Subventionen durchgesetzt hatte.

¹⁵ Zum Stand der Agrarreform vgl. Claus Neukirch, Quo Vadis Moldova?, in: Südosteuropa-Mitteilungen, H. 2/1998 (i.E.).

Transnistrien) Renten und soziale Unterstützungsleistungen. Zu den größten Problemen zählt seit 1996 die verspätete Auszahlung der Staatsgehälter, Renten und Sozialleistungen. Zwar gelang es der Regierung Ciubuc, die Vorjahresschuld im Bereich der Renten spürbar abzubauen und laufende Zahlungen zu einem größeren Anteil pünktlich zu gewährleisten.¹⁶ Doch gab es bei den Löhnen und Gehältern neue Probleme, die nach einer zeitweisen Entspannung 1997 zu einer Gesamtverschuldung in Rekordhöhe von 413 Mio. Lei (87,5 Mio. US-\$) im Mai 1998 führten.¹⁷

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die offizielle Wirtschafts- und Sozialstatistik die moldauische Realität nur unzureichend erfaßt. Wie in anderen Transformationsländern sind auch in Moldova zunehmend informelle Wirtschaftsaktivitäten (Schattenwirtschaft) zu beobachten, die in erster Linie Handel und Dienstleistungen betreffen. Die tatsächliche Wirtschaftsleistung liegt zweifellos über den offiziellen Werten. Für die Beurteilung der sozialen Lage ist ein weiterer Aspekt von Bedeutung: In der subjektiven Einschätzung erscheint vielen Menschen die eigene materielle Situation deutlich schlechter als objektiv gerechtfertigt wäre. Zur weitverbreiteten schlechten Stimmung nicht nur in der älteren Generation trägt neben den gewiß beträchtlichen Wohlstandseinbußen auch der Wegfall des paternalistischen sowjetischen Systems sozialer Sicherung bei, das die individuelle Initiative und Verantwortungsbereitschaft hat verkümmern lassen. Die in den Städten durchaus sichtbaren Wohlstandszuwächse werden oftmals dann nicht als solche angesehen, wenn sie nicht aus gewohnten „normalen“ Beschäftigungsverhältnissen resultieren und nicht das Gefühl der Sicherheit „über den heutigen Tag hinaus“ vermitteln.

Die Parlamentswahlen

Am 22. März 1998 waren 2,4 Mio. Wahlberechtigte in der Republik Moldau aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Mit der Konstituierung des Gesetzgebungsorgans aus 101 Abgeordneten verloren die aus den ersten freien Wahlen 1994 hervorgegangenen Parlamentarier der vorhergehenden Legislaturperiode ihre Vollmachten. Auch bei den insgesamt fünften landesweiten freien Wahlen seit 1991 haben internationale Wahlbeobachter keine schwerwiegenden Verstöße gegen die Grundsätze demokratischer, freier Wahlen festgestellt - ein Hinweis darauf, daß demokratische „Spielregeln“ und Verfahrensweisen, aber auch formale Institutionen in Moldova zunehmend akzeptiert und verinnerlicht werden. Während bei den vorangegangenen Abstimmungen insbesondere auf dem Land lokale Autoritäten das Wahlverhalten teilweise erheblich zu manipulieren verstanden, scheinen die jüngsten

¹⁶ Die Gesamtschuld im Bereich der Renten und Sozialleistungen betrug zum 1.4.1998 211 Mio. Lei, vgl. Infotag Weekly Business Report #16, May 1998.

¹⁷ Basa-Press, 2.6.1998.

Parlamentswahlen auf eine gewisse Emanzipation der Wählerschaft hinzudeuten.¹⁸ Die Ergebnisse repräsentativer Umfragen konnten grundsätzlich stabile Einstellungen nachweisen, die über einen längeren Zeitraum hinweg einem Wandel unterlagen; dieser Einstellungswandel wurde jedoch weniger von Machtkonstellationen auf lokaler Ebene determiniert als durch politische Faktoren ausgelöst.

Im Wahlkampf 1994 stand noch die Frage der staatlichen Unabhängigkeit und einer möglichen Vereinigung mit Rumänien sowie die außenpolitische Orientierung des Landes im Vordergrund.¹⁹ Daß die Polarisierung um diese nationale Frage spätestens seit 1997 in den Hintergrund geriet, ist der sich dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise geschuldet, die gegenwärtig alle anderen politischen und gesellschaftlichen Problemfelder überlagert. Das Reizwort „Vereinigung“ wurde abgelöst durch Auseinandersetzungen über die Reformen; Wirtschaft und soziale Lage waren 1998 die zentralen Wahlkampfthemen. Das Bewußtsein um das Ausmaß der Krise bewirkte bei den Akteuren eine gewisse Mäßigung: Die Polarisierung innerhalb der politischen Elite nahm nicht das Ausmaß des vorhergehenden Wahlkampfes an, was allerdings auch darauf zurückzuführen ist, daß die zwangsläufige Personalisierung im Präsidentschaftswahlkampf die Zuspitzung politischer Auseinandersetzung besonders begünstigt. Nahezu alle Parteien signalisierten ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Präsidenten und betonten die Notwendigkeit der Kooperation aller obersten Machtorgane zur Lösung der anstehenden Aufgaben. Dessen ungeachtet waren die Debatten vor dem 22. März geprägt von gegenseitigen Schuldzuweisungen einerseits, unrealistischen und oftmals gleichlautenden Versprechungen der Parteien andererseits.

Das relativ kurz vor den Wahlen verabschiedete moldauische Wahlgesetz legt fest, daß sich Parteien, Wahlbündnisse und unabhängige Kandidaten gleichermaßen um Sitze im obersten Gesetzgebungsorgan bewerben können. Kritik wurde an der Bestimmung geäußert, wonach auch für unabhängige Kandidaten die landesweite 4%-Hürde gilt - was im theoretischen Falle der Überwindung dieser Barriere dem entsprechenden Abgeordneten mindestens vier der 101 Sitze im Parlament beschert hätte.²⁰ Problematisch ist zudem die Zusammenfassung des gesamten Staatsgebiets in *einen* Wahlkreis bei reinem Verhältniswahlrecht. Dadurch kommen regionale Besonderheiten, insbesondere kompakte Siedlungsgebiete nationaler Minderheiten

¹⁸ Vgl. Neukirch (Fn.15).

¹⁹ Zu den Wahlen von 1994 vgl. Anneli Ute Gabanyi: Die Parlamentswahlen in Moldova vom 27.2.1994, in: Südosteuropa 43 (1994), H. 8, S. 453-477; Valeriu Moşneaga/Gheorghe Rusnac: Republica Moldova: Alegerile parlamentare (1994) şi geografia politică a electoratului, Chişinău 1997. Zur nationalen Frage Moldovas allgemein vgl. Claus Neukirch: Die Republik Moldau. Staats- und Nationsbildung in Osteuropa, Münster 1996; William Crowther: The Construction of Moldovan National Consciousness, in: László Kürti/Juliet Langman (Hg.): Beyond Borders: Remaking Cultural Identities in the New East and Central Europe, Boulder, Col. 1997, S. 39-62.

²⁰ Zwei unabhängige Kandidaten erhielten jeweils etwa ein Prozent der Stimmen, was ihnen ohne die 4%-Hürde den Einzug ins Parlament gesichert hätte.

nicht ausreichend zur Geltung und werden Kandidaten aus der Hauptstadt faktisch begünstigt.²¹ Am 27. Mai hat das moldauische Verfassungsgericht das Wahlgesetz in allen Punkten für verfassungskonform erklärt.²²

Im März stellten sich insgesamt 9 Parteien, 6 Wahlbündnisse aus zusammen 23 Parteien sowie 60 Einzelkandidaten zur Wahl.²³ Diese unübersichtlich große Zahl von Bewerbern mit teilweise unklarem, oftmals unbekanntem programmatischen Profil stellte für viele Wähler eine Überforderung dar. Allerdings können die Spitzenpolitiker und Parteien Moldovas ungeachtet des noch nicht konsolidierten Parteiensystems durchaus klaren politisch-ideologischen Positionen zugeordnet werden. Anders als etwa in der benachbarten Ukraine, wo Parteien nicht selten regionale Klanstrukturen, Brancheninteressen oder das Machtstreben Einzelner reflektieren, lassen sich in der Moldaurepublik andere Akteure als die des formalen Institutionengefüges nur schwer identifizieren. Parteiensystem, Parlament und Exekutive sind weitaus mehr als nur die Bühne für Macht- und Verteilungskonflikte rivalisierender ökonomischer Handlungseinheiten.²⁴

Boykottiert wurden die Wahlen wie erwartet von der Führung der separatistischen „Transnistrischen Moldaurepublik“. Dessen Bewohner sind zwar de jure moldauische Staatsbürger, denen die moldauische Regierung spezielle Wahllokale auf dem von Chişinău kontrollierten Gebiet westlich des Dnjestr zur Verfügung stellte. Allerdings wurde die transnistrische Bevölkerung durch Einschüchterungen und Blockaden des Verkehrs über die Dnjestr-Brücken trotz internationaler Proteste und anderslautender Versprechen an der Ausübung ihres verfassungsmäßigen Wahlrechts gehindert.²⁵ Einer der stellvertretenden Vorsitzenden des transnistrischen Obersten Sowjets, Viktor Karamanuţa, erklärte in der Tiraspoler Regierungszeitung drohend, mit dem Bemühen, die transnistrischen Bürger an den Wahlen zu beteiligen, versuche Moldova „sie zu illegalen Handlungen zu verleiten“.²⁶ Nur ein Prozent der knapp 400.000 Wahlberechtigten konnte an den Parlamentswahlen teilnehmen.

Zur Überraschung aller Beobachter gelang es am 22. März bei einer Beteiligung von 69,1% nur vier Parteien bzw. Bündnissen, mehr als vier Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Dadurch sind gut 76% der Wahlstimmen im Parlament reprä-

²¹ Tatsächlich stammen 79 der neuen Deputierten aus Chişinău.

²² Basa-Press, 27.5.1998.

²³ Sieben der ursprünglich 67 unabhängigen Bewerber zogen ihre Kandidatur kurz vor dem Wahltermin zurück.

²⁴ Der Niedergang der Agrardemokratischen Partei und die Niederlage der Wirtschaftslobby-Partei „Furnica“ bestätigen diesen Befund des Primats politischer vor ökonomischen Interessen in der moldauischen Politik.

²⁵ OSCE-ODIHR, Preliminary Statement issued on 23 March 1998 by the Election Observation Mission, Chişinău.

²⁶ Pridnestrov'e, 28.2.1998.

sentierte, während knapp 24% auf nicht erfolgreiche Bewerber entfielen. Die moldauischen Wähler orientierten sich bei ihrer Entscheidung überwiegend an „feste Größen“ und zogen die klar identifizierbaren Optionen des rechten, linken und zentristischen Lagers vor:

Tab. 1: Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 22. März 1998

Partei/Wahlbündnis	Stimmenanteil	Parlamentssitze
Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM)	30,01%	40
Demokratische Konvention Moldovas (DKM)	19,42%	26
Bündnis „Für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova“ (BDPM)	18,16%	24
Partei der Demokratischen Kräfte (PDK)	8,84%	11
		gesamt: 101
Demokratische Agrarpartei Moldovas (DAPM)	3,63%	
Bürgerliche Allianz „Furnica“	3,29%	
Allianz der Demokratischen Kräfte	2,24%	
Partei der Sozialökonomischen Gerechtigkeit	1,95%	
Sozialdemokratische Partei Moldovas	1,86%	
Block „Sozialistische Einheit“	1,83%	
Sozialdemokratischer Block „Speranța“	1,31%	
Anatol Plugaru (unabh. Kand.)	1,09%	
Valeriu Boicenco (unabh. Kand.)	0,94%	
Partei der Sozialisten der Republik Moldau	0,59%	
Reformpartei Moldovas	0,54%	
Christlich-Demokratische Union Moldovas	0,51%	
Vereinigte Arbeitspartei Moldovas	0,19%	

Quelle: *Nezavisimaja Moldova* 7.4.1998, S.2; 14.4.1998, S. 3.

Die größte Überraschung des Resultats besteht nicht im starken Abschneiden der Kommunisten, sondern in der vernichtenden Niederlage der langjährigen Regierungspartei DAPM und des oftmals mit ihr kooperierenden Blocks „Sozialistische Einheit“. Doch das Wahlergebnis reflektiert bei näherer Betrachtung mehr Kontinuität als zunächst sichtbar. Zwar gelangte keine politische Formation des alten unverändert in das neue Parlament, doch ergaben sich nach den Umgruppierungen der Parteienlandschaft innerhalb wie außerhalb des Parlaments²⁷ faktisch nur geringe, wenn auch entscheidende Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in der Legislative. Die reformfeindlichen Linkskräfte verfügen nun über 40 statt der bisherigen ca. 45 Mandate (von zuvor insgesamt 104 Sitzen), während die Zentristen in etwa ihr Gewicht beibehielten. Gestärkt wurden mit 37 Abgeordneten die Rechtsparteien, die zuvor nur über ca. 30 Sitze verfügten.²⁸

²⁷ Zur Entwicklung des Parteiensystems vgl. ausführlich Mošnjaga (Fn. 4), S. 60ff.

²⁸ Vgl. Neukirch (Fn. 15). Die Liste der neuen Mandatsträger wurde veröffentlicht in *Nezavisimaja Moldova*, 14.4.1998, S. 3. Leichte Veränderungen ergaben sich, nachdem vier Abgeordnete auf-

Von den 101 neuen Abgeordneten gehörten insgesamt 28 bereits dem vorherigen Parlament an.²⁹ Nur 9 der Parlamentarier sind Frauen. Die nationalen Minderheiten, die ca. 25% der Bevölkerung (ohne Transnistrien) stellen, sind mit 17 Deputierten (15 für die PKRM und 2 für den BDPM) vertreten. Bei der Registrierung gaben die Abgeordneten folgende nationale Zugehörigkeit an: 47 Moldauer, 37 Rumänen (= DKM- und PDK-Abgeordnete), 8 Ukrainer, 4 Gagausen, 3 Russen, 2 Bulgaren.

Strategien der Parteien im Wahlkampf

Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM)

Der Wahlerfolg der Kommunistischen Partei hängt zu einem großen Teil mit dem charismatischen Vorsitzenden Vladimir Voronin zusammen, der an persönlichem Ansehen nur dem Präsidenten, dem PDK-Vorsitzenden Matei und dem DKM-Führer Snegur nachstand. Voronin gelang es bereits während der Präsidentschaftskampagne von 1996, sich und seine Partei in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken. Nach dem Achtungserfolg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, die er als Drittplatzierter noch vor dem damaligen amtierenden Premier Sangheli abschloß, sicherte er sich die dominierende Stellung im linken Lager. Die Verwendung der altbekannten kommunistischen Symbolik - Hammer und Sichel - erleichterte die eindeutige Identifizierung im unübersichtlich werdenden moldauischen Parteienspektrum.

In organisatorischer Hinsicht bestand ein entscheidender Vorteil der Kommunisten im Vorhandensein eines weitverzweigten Netzes von Grundorganisationen in praktisch jedem Ort des Landes. Die Parteistrukturen der PKRM sind quantitativ und qualitativ konkurrenzlos. Der Chişinăuer Parteiführung standen zahlreiche Aktivisten in lokalen Verwaltungspositionen und mit Führungserfahrung in der Parteiarbeit zur Verfügung, was eine maximale Mobilisierung der zahlenmäßig großen Anhängerschaft bereits zu Beginn des Wahlkampfes gewährleistete.

grund der Übernahme eines Regierungsamtes aus dem Parlament ausschieden und durch Nachrücker der entsprechenden Parteilisten ersetzt wurden.

²⁹ Sieben der PKRM-Abgeordneten waren 1994 für die „Sozialistische Einheit“, zwei für die DAPM im Parlament. Die zehn wiedergewählten DKM-Parlamentarier entstammen den drei 1994-er Fraktionen der Agrardemokraten, der Christdemokratischen Volksfront und dem Block der Bauern und Intellektuellen, den auch 4 der jetzigen PDK-Mandatsträger vertraten (der PDK-Abgeordnete I. Ilaşcu gehörte bisher formal der CDVF-Fraktion an, befindet sich aber tatsächlich seit Juni 1992 in Tiraspol in Haft). Drei ehemalige Agrarier und ein Edinstvo-Abgeordneter gehören nun der BDPM-Fraktion an.

Inhaltlich gelang den Kommunisten der Spagat zwischen den nostalgischen Assoziationen des vergangenen sowjetischen Systems und der Rolle als unbelasteter politischer Newcomer, der für die schmerzhaft entwickelte Vergangenheit sieben Jahre keine Verantwortung trägt. Die für jedermann spürbaren drängenden sozialen Probleme machten es der Partei leicht, das sowjetnostalgische Sentiment vor allem der älteren Bevölkerung populistisch zu bedienen und Sehnsüchte nach sozialer Sicherheit der Vergangenheit propagandistisch zu nutzen. Begünstigt wurde diese Strategie auch durch das geringe Gewicht antikommunistischer Überzeugungen in der moldauischen Gesellschaft. Die polarisierende Gegenüberstellung des „positiven Sowjetischen, Sozialistischen“ und des „negativen Kapitalistischen“ wurde ergänzt durch ein Protestwahlangebot an die Verlierer der Reformen. Dabei bewies Voronin im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung Flexibilität und vermied konkrete radikale Aussagen.³⁰ Zwar polemisierte die Partei gegen eine Privatisierung strategischer Wirtschaftszweige, akzeptierte jedoch grundsätzlich auch Privateigentum in der Wirtschaft – ein Ausdruck nicht zuletzt der längst begonnenen Einbindung vieler Kommunisten in private Wirtschaftsstrukturen.

Die PKRM erhielt die Stimmen nahezu des gesamten linksorientierten Lagers. Umfragen zufolge sind etwa 53% ihrer Wähler Moldauer und 47% Vertreter der nationalen Minderheiten. Damit konnte Voronin gut die Hälfte der Minderheiten für sich gewinnen.³¹ Über ihr spezifisches Wählerpotential der russischsprachigen Stadtbevölkerung hinaus übernahm die PKRM einen großen Teil der antirumänisch orientierten moldauischen ehemaligen DAPM-Wähler auf dem Land. Die größte Unterstützung erhielt die kommunistische Partei im Norden Moldovas sowie in der gagausischen Autonomie.³²

Demokratische Konvention Moldovas (DKM)

Die DKM erwuchs aus der Zusammenarbeit des damaligen Präsidenten Mircea Snegur mit der *Christdemokratischen Volksfront* (CDVF) vor den Präsidentschaftswahlen 1996. Unmittelbar nach der verlorenen Abstimmung wurde die Kooperation im Hinblick auf die Parlamentswahlen institutionalisiert und der Wahlkampf gestartet.³³ Der Konvention schlossen sich neben Snegurs *Partei für Wiedergeburt und Versöhnung Moldovas* (PWVM) und der CDVF einige kleinere Parteien und Organisationen des rechten Spektrums an, die in der 26-köpfigen Fraktion mit zusammen 9 Abgeordneten vertreten sind (PWVM: 9, CDVF: 8).

Damit stützte sich die DKM vornehmlich auf die immer noch große Popularität des Ex-Präsidenten und sein in Teilen der moldauischen Landbevölkerung unverändertes Image als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Republik. Darüber hinaus zielte die Strategie der Konvention auf die unionistisch (prorumänisch) orientierte nationale Intelligenz, ihre kleine, jedoch voll mobilisierte und in den Städten gut organisierte Wählerschaft. Die Konzentration auf das rechte politische Lager bedeutete zugleich den Verzicht auf Stimmen der Minderheiten, die insbesondere mit der CDVF Ängste vor einer „Rumänisierung“ und negative Erinnerungen an die nationalistische Euphorie in der Zeit von 1990-92 verbinden. Bei Umfragen vor der Wahl bekundeten nur 2% der Russen und 7% der Ukrainer ihre Absicht, die DKM zu unterstützen.³⁴ Dementsprechend verlagerte die Konvention ihren Wahlkampf überwiegend auf die von der Titularnation präferierten Medien, insbesondere auf das moldauische Staatsfernsehen.

Programmatisch stellte das Bündnis neben Warnungen vor einer kommunistischen Revanche die Forderung nach konsequenten wirtschaftlichen und politischen Reformen in den Vordergrund.³⁵ Obwohl dadurch eine klare programmatische Nähe zur PDK wie auch zum BDPM gegeben war, führte die DKM einen extrem aggressiven, polemischen Wahlkampf, der die Diffamierung aller Konkurrenten zum Ziel hatte.³⁶ In Fortsetzung der Präsidentschaftskampagne von 1996, die vor allem auf die Verunglimpfung des politischen Gegners setzte, trug Snegur in besonderem Maße zur Aufheizung der Atmosphäre bei, auch wenn der Wahlkampf 1998 insgesamt ruhiger und fairer verlief als 1996.³⁷

Bündnis „Für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova“ (BDPM)

Die Anfang Februar 1997 gegründete „Bewegung für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova“ unter Führung des engen Lucinschi-Vertrauten Dumitru Diacov bildet den Kern des Wahlbündnisses, das auf organisatorische Strukturen aus Lucinschis Präsidentschaftswahlkampf aufbauen konnte. Der ursprünglichen „Bewegung“ schlossen sich die mit je einem Sitz in der neuen BDPM-Fraktion vertretenen kleineren Partner *Bürgerpartei Moldovas*, *Demokratische Volkspartei Moldovas* und *Gesellschaftlich-politische Bewegung „Neue Kraft“* an. Medienwirksam unterstützt wurde der zentristische Block auch von der Führung des moldauischen Gewerkschaftsverbands und von der „Nationalen Assoziation der Aktiengesellschaften“.³⁸

³⁰ Vgl. etwa den Grundsatzartikel Voronins „Ot razrušenija - k sozidaniju“, *Kommunist* Nr. 9-10, 6.3.1998, S. 2-3.

³¹ Vgl. IMAS - Barometrul de opinie publică, martie 1998, sowie *Golos naroda*, 21.3.1998, S. 3.

³² *Infotag*, 24.3.1998.

³³ Vgl. Büscher (Fn. 4), S. 17; Mošnjaga (Fn. 4), S. 69ff.

³⁴ Vgl. IMAS - Barometrul de opinie publică, martie 1998.

³⁵ Vgl. Demokratičeskaja konvencija Moldovy - Programma upravljenija, *Moldavskie vedomosti*, 17.3.1998, S. 7-8.

³⁶ Vgl. Neukirch (Fn. 15).

³⁷ Vgl. ebd.

³⁸ Vgl. *Naš vybor* Nr. 9, 3.3.1998, S. 4; *Nezavisimaja Moldova*, 18.3.1998.

Größter Trumpf des Diacov-Blocks war zweifellos die enge Verbindung zum Präsidenten, dessen Symbol aus dem Präsidentschaftswahlkampf, die Schwalbe, der BDPM übernahm. Die Betonung dieser Rolle einer „Partei des Präsidenten“ nahm allerdings zuweilen skurrile Züge an. Lucinschi gab sich einerseits stets überparteilich, um sein Image des versöhnenden Landesvaters nicht zu gefährden, wollte jedoch zugleich Diacov seine maximale Unterstützung zukommen lassen. Verklauusulierte Aufrufe Lucinschis zur Unterstützung „zentristischer Parteien, die das Programm des Präsidenten umsetzen“, eindeutige Großaufnahmen gemeinsam mit Diacov in verschiedenen Zeitungen und auf Plakaten sowie ausführliche Beiträge im Wahlorgan des BDPM „Naš vybor“ machten auch dem letzten Wähler klar, was der Präsident nicht offen verkünden mochte. Daß dabei die Glaubwürdigkeit Lucinschis und des Wahlblocks keinen größeren Schaden nahm, ist vor allem auf den insgesamt eher moderaten Wahlkampf Diacovs zurückzuführen. Der BDPM vermied weitgehend Schmutz- und Verleumdungskampagnen und bemühte sich, auch durch den versöhnenden, harmoniebetonten Stil die Nähe zum populären Präsidenten zu demonstrieren. Eine der zentralen Programmaussagen bestand in der Überwindung der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung sowie der Gewährleistung harmonischer Kooperation unter den obersten Staatsorganen.

Das gute Wahlergebnis belegt, daß Diacov in der Tat ein Großteil des zentristischen Wählerpotentials für sich mobilisieren konnte. Die Warnung vor „radikalen“, „extremen“ Kräften, verbunden mit dem klaren Bekenntnis zu einer umfassenden Reformpolitik war insbesondere auch für reformorientierte Angehörige der Minderheiten überzeugend, die im Wahlkampfapparat an prominenter Stelle vertreten waren und nach Schätzungen mehr als ein Drittel der Wähler des BDPM stellten. Ein öffentlicher Aufruf von Führern der großen national-kulturellen Minderheitengesellschaften zur Unterstützung Diacovs stellte sich allerdings rasch als Fälschung heraus.³⁹

Partei der Demokratischen Kräfte (PDK)

Vor allem die große Popularität des PDK-Vorsitzenden Valeriu Matei, der im November 1996 als Präsidentschaftskandidat beachtliche 8,9% erzielen konnte, bewog die Partei zu einer unabhängigen Kandidatur bei den Parlamentswahlen. Der Verzicht auf den Beitritt zur Demokratischen Konvention und auf ein Bündnis mit den früheren Bündnispartnern des *Blocks der Bauern und Intellektuellen* (1994) bzw. der *Allianz der Demokratischen Kräfte* (Kommunalwahlen 1995) führte zwar zur fortgesetzten organisatorischen Spaltung des national-rumänischsprachigen Lagers, hat jedoch die Rechte insgesamt nicht wesentlich geschwächt. Nach konstanten Erfolgen bei vorangegangenen Wahlen hat sich die PDK⁴⁰ als unabhängige, moderat

prorumänische Partei mit dem Image einer nicht korruptierten, kompetenten Oppositionskraft etabliert. Programmatisch präsentiert sie sich als moderne Reformpartei liberaler Prägung.

Aufgrund der heftigen Attacken der Konvention sah sich Matei zu einer vor allem gegen Snegur gerichteten polemischen Gegenoffensive genötigt, die jedoch nur begrenzten Erfolg hatte. Umfragen bestätigten der PDK in den Monaten vor den Wahlen ein konstantes Potential von deutlich über 10%, das erst kurz vor dem 22. März spürbar abnahm. Ausschlaggebend dafür war vermutlich eine perfide Kampagne der DKM gegen einen nicht-orthodoxen, baptistischen PDK-Kandidaten.

Demokratische Agrarpartei Moldovas (DAPM)

Die Strategie der lange dominierenden Regierungspartei rückte ihre Erfahrung und in der Praxis bewährte Solidität in den Mittelpunkt. Im Wahlkampf verfügte sie mit dem Parlamentsvorsitzenden Moţpan, dem Vizepremier Bulgari, dem ehemaligen Regierungschef Sangheli und dem ehemaligen Vizepremier Kunev auf landesweiter Ebene ebenso über bekannte Führungspersonlichkeiten wie in zahlreichen ländlichen Verwaltungsstrukturen und dem agro-industriellen Komplex. Allerdings belegten Umfragen sehr früh, daß die DAPM nach den Abspaltungen der vergangenen Jahre ihre bestimmende Position verlieren und eventuell nur ein einstelliges Ergebnis erzielen würde. Tatsächlich entstand bei den Auftritten der DAPM-Führer oftmals der Eindruck, daß die Partei keine Konsequenzen aus den verlorenen Präsidentschaftswahlen gezogen hat und nur den Einzug ins Parlament sichern wollte, ohne echte politische Konzepte anzubieten. Streitigkeiten innerhalb der Parteiführung erschwerten die Aufgabe, sich als überzeugende politische Kraft zu präsentieren. Insgesamt blieb der Wahlkampf der Agrardemokraten träge und unfähig, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und zu motivieren.⁴¹

Entscheidend für die vernichtende Niederlage der DAPM war nicht zuletzt der Wegfall der Frage, die der Partei noch 1994 zum Sieg verholfen hatte: Das Problem der Unabhängigkeit und des scheinbar drohenden Anschlusses an Rumänien hat weitgehend seine mobilisierende Wirkung verloren, nachdem sich nahezu alle Parteien zur Unabhängigkeit Moldovas bekannten. Dennoch war das Scheitern an der 4%-Hürde zweifellos vermeidbar und geht vor allem auf gravierende Schwächen im Wahlkampf zurück.

³⁹ Nezavisimaja Moldova, 17.3.1998 und Naš vybor Nr. 11, 17.3.1998, S. 9; Gegendarstellung in Golos naroda, 21.3.1998, S. 2.

⁴⁰ Zuvor unter der Bezeichnung *Kongreß der Intellektuellen* bzw. *Vereinigter Demokratischer Kongreß*.

⁴¹ Die russischsprachige Parteizeitung Zemlja i ljudi blieb vor der Wahl ebenso blaß wie die programmatischen Aussagen verschwommen, vgl. etwa Ausgabe 21, 21.3.1998, die naive Vertrauensbekundungen einzelner Bürger nach Art von „Dumitru Moţpan kennen und achten alle“, „Ich sympathisiere mit den Agrariern“ in den Mittelpunkt stellte.

Block „Sozialistische Einheit“

Das Bündnis „Sozialistische Einheit“ wurde von der *Sozialistischen Partei Moldovas*, der prorussischen *Bewegung für Gleichberechtigung „Unitate-Edinstvo“*, der KP-Abspaltung *Union der Kommunisten Moldovas* und der kleinen gagausischen *Volks-partei „Vatan“* gebildet und steht damit in Kontinuität zur bisherigen „Sozialistischen Einheit“, die 1994 noch 22% der Stimmen gewinnen konnte. Ebenso wie 1994 setzte der Wahlblock auch 1998 ganz auf die nationalen Minderheiten, verzichtete weitgehend auf Propaganda unter den Moldauern und konzentrierte seine Aktivitäten auf die Städte Chişinău und Bălţi sowie auf Gagausien. Der Bedeutungsverlust der Minderheitenfrage im Bewußtsein der russischsprachigen Bevölkerung durchkreuzte diese Strategie. Zugleich scheiterte der Versuch, über die soziale Problematik im linken Spektrum Stimmen zu erhalten⁴², an der Stärke der kommunistischen Partei Voronins. Der „Sozialistischen Einheit“ stand nach dem Wechsel zahlreicher Anhänger ins PKRM-Lager weder eine flächendeckende organisatorische Struktur zur Verfügung noch konnte sie populäre Führungspersonlichkeiten vorweisen. Allerdings hätte die große Popularität der „Sozialistischen Einheit“ in der zweitgrößten moldauisch kontrollierten Stadt Bălţi bei einem veränderten, regionale Besonderheiten berücksichtigenden Wahlmodus den Einzug ins Parlament zweifellos gesichert.⁴³

In dieser aussichtslosen Situation versuchten die Parteien des Wahlblocks durch Radikalisierung eine vermeintliche Nische im politischen Spektrum zu besetzen. Große Energie widmete das Bündnis der Denunzierung der PKRM, der sozialdemokratische Abweichung vorgeworfen wurde.⁴⁴ Während Voronin bei dem Versuch, in Transnistrien Wahlwerbung zu organisieren, von den Tiraspoler Sicherheitsstrukturen massiv behindert wurde, unterhielt insbesondere die Edinstvo-Bewegung freundschaftliche Beziehungen zur Führung der separatistischen „Transnistrischen Moldaurepublik“.⁴⁵ Einer der transnistrischen Hardliner erhielt in der Parteizeitung der *Union der Kommunisten Moldovas* die Gelegenheit, die Vorzüge des Edinstvo-Blocks ausführlich zu preisen.⁴⁶ Schließlich trieb der Appell des Blocks an die Russische Staatsduma, den bilateralen Grundlagenvertrag aufgrund angeblicher Verletzungen der Minderheitenrechte in Moldova nicht zu ratifizieren, das Bündnis „Sozialistische Einheit“ vollends ins Abseits. Das Ausscheiden des engsten Verbündeten Tiraspol aus dem Chişinăuer Parlament wird zweifellos von der transnistrischen Führung bedauert.

⁴² Siehe etwa „Glavnaja zadača - vosstanovit' social'nye garantii“, *Edinstvo* Nr. 9, 19.3.1998, S. 2.

⁴³ Vgl. „Centrist - eto zvučit gordo“, *Nezavisimaja Moldova*, 1.4.1998.

⁴⁴ Vgl. u.a. *Dreptate-Spravedlivost'* Nr. 9-10, martie 1998, S. 2.

⁴⁵ Die weitgehende Kongruenz der politischen Positionen der Edinstvo-Bewegung mit denen Tiraspol wird deutlich in den Ausführungen des Vorsitzenden: P. M. Šornikov: *Pokušenje na status. Etnopolitičeskie processy v Moldavii v gody krizisa 1988-1996*, Kišinev 1997.

⁴⁶ A. Radčenko: *Est' istoričeskij šans u naroda Moldovy!*, *Adevărul-Pravda* Nr. 7, 7.3.1998, S. 6 und Nr. 8, 14.3.1998, S. 7.

Andere Parteien

Durchaus überraschend war das Scheitern der *Bürgerallianz „Furnica“*, einer hauptsächlich von moldauischen Unternehmern getragenen Mitte-Rechts-Partei ohne überzeugende Führungspersönlichkeiten und ohne lebendige Parteistrukturen. Trotz eines massiven Kapitaleinsatzes und einer vergleichsweise professionellen Kampagne vor allem im Fernsehen⁴⁷ gelang es nicht, dem persönlichen wirtschaftlichen Erfolg ihrer Kandidaten politische Attraktivität für größere Bevölkerungsschichten zu verleihen. Überwiegend wird gerade der Wohlstand einzelner in einer notleidenden Gesellschaft im Massenbewußtsein als Egoismus aufgefaßt und zumeist kriminellen Aktivitäten zugeschrieben.

Die Parteien sozialdemokratischer Orientierung, die programmatisch dem zentristischen Block nahestehen, sind erneut an inneren Spaltungstendenzen gescheitert. Beim Zusammenschluß der *Sozialdemokratischen Partei Moldovas* (SDPM) mit vier ähnlich ausgerichteten Gruppierungen im März 1997 zur *Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Moldovas* (VSDPM) spaltete sich der größere Flügel der ursprünglichen SDPM ab und versuchte ein eigenes Wahlbündnis zu schmieden. Letztendlich traten beide getrennt zur Wahl an (die VSDPM als *Wahlblock „Speranța“*), ebenso wie die auf dem linken sozialdemokratischen Flügel angesiedelte Splittergruppe *Vereinigte Arbeitspartei Moldovas*, die als einzige den letztlich gescheiterten Versuch gemacht hatte, beiderseits des Dnestr Parteistrukturen zu etablieren. Die Spaltung des sozialdemokratischen Lagers hat zudem das professionelle Niveau von Wahlkampf und Parteiarbeit der Einzelgruppen erheblich beeinträchtigt. Während die Einzelergebnisse bei den Wahlen enttäuschend blieben, hätten sich einer gemeinsamen sozialdemokratischen Partei durchaus Chancen für den Einzug ins Parlament geboten.

Nicht besser erging es den Gruppierungen im rechten Spektrum, die sich nicht der Demokratischen Konvention angeschlossen hatten. Das schwache Abschneiden der *Allianz der Demokratischen Kräfte* und der Kleinparteien *Christlich-Demokratische Union Moldovas* und *Reformpartei Moldovas* ruft starke Zweifel an der künftigen Lebensfähigkeit dieser Strukturen hervor. Dies betrifft auch die linksgerichtete *Partei der Sozialisten der Republik Moldau*, die von der Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen Veronica Abramciuc geführt wird. Eine andere ehemalige Präsidentschaftskandidatin, Marina Levițki, konnte sich hingegen noch bis Ende Februar begründete Hoffnungen auf einen Parlamentseinzug ihrer *Partei der Sozialökonomischen Gerechtigkeit* machen. Skandalträchtige Auftritte sicherten ihr öffentliche Aufmerksamkeit, während das populistische sozialpolitische Programm und Levițkis

⁴⁷ Insbesondere in den moldauischen Werbeblocks im populären russischen ORT-Kanal. Professionell erschien auch die großformatige Parteizeitung *Furnica*, vgl. etwa Nr. 9/10, 17.3.1998.



herausgestellte Nähe zur orthodoxen Kirche ihr Unterstützung insbesondere unter der weiblichen moldauischen Landbevölkerung bescherte.

Allgemein wird erwartet, daß es bald zur Fusion einiger außerparlamentarischer Parteien kommen wird, zumal eine Verschärfung der Bestimmungen zur Partei-registrierung gegenwärtig erwogen wird.⁴⁸ Die Kommunisten bemühen sich intensiv um ein Bündnis aller Linksparteien unter Einschluß der Agrardemokraten, die jedoch auch vom BDPM umworben werden. Zur Konsolidierung seines Bündnisses strebt Diacov einen Zusammenschluß aller zentristischen Kräfte an. In Bălţi hingegen vereinbarte die lokale Parteiorganisation der DAPM bereits ein Bündnis mit den Vereinigten Sozialdemokraten für die Lokalwahlen 1999.⁴⁹ Unterdessen wollen auch die zerstrittenen sozialdemokratischen Parteien SDPM und VSDPM einen neuen Vereinigungsversuch starten.⁵⁰

Der lange Weg zur Regierungsbildung

Die Mitte-Rechts-Koalition

Die Zusammensetzung der neuen Legislative mit einer etwa gleich starken linken (40 Sitze) und rechten (37) politischen Repräsentanz stellte den zentristischen Block (24) vor die schwierige Alternative einer Kooperation mit Kommunisten oder den Rechtsparteien. Unmittelbar nach der Wahl begannen Gespräche und Koalitions-verhandlungen mit allen Gruppierungen, die nach langem Ringen in der Bildung einer *Allianz für Demokratie und Reformen* (ADR) aus den 61 Abgeordneten von DKM, PDK und BDPM mündeten. Ein entsprechender Koalitionsvertrag wurde am Tag der Konstituierung des neuen Parlaments (21. April) unterzeichnet. Er sieht die Übernahme der gemeinsamen Regierungsverantwortung sowie die Verteilung der Regierungsämter entsprechend der Größe der drei Fraktionen nach dem Schlüssel „2+2+1“ vor. Der BDPM-Chef Diacov wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt, dem als Stellvertreter der PDK-Vorsitzende Valeriu Matei und der DKM-Ko-vorsitzende Iurie Ro ca zur Seite stehen.⁵¹ Vereinbart wurde zudem, der Konvention die Position des Ministerpräsidenten einzuräumen.

Die Entscheidung für eine Mitte-Rechts-Koalition war aus inhaltlichen Erwägungen naheliegend, da alle drei Partner ähnliche sozioökonomische Reformziele verfolgen. Die Rechtsparteien waren zu weitreichenden Kompromissen in allen Fragen bereit, bei denen ursprünglich Zentristen und Kommunisten größere Gemeinsamkeiten

⁴⁸ V.a. eine Erhöhung der Mindestanzahl an Parteimitgliedern von 300 auf 3000.

⁴⁹ Basa-Press, 27.5.1998.

⁵⁰ Infotag, 27.5.1998.

⁵¹ Basa-Press, 23.4.1998.

aufwiesen.⁵² Dies betrifft in erster Linie die Frage der staatlichen Unabhängigkeit, die Außenpolitik, die Minderheitenpolitik und die Lösung des Transnistrienkonflikts. Insbesondere die *Christdemokratische Volksfront* hat ihre zuweilen extrem anti-russischen Auffassungen hintangestellt und die GUS-Mitgliedschaft des Landes als Fakt akzeptiert. Der Volksfrontführer Ro ca betonte, ein Anschluß an Rumänien stünde derzeit nicht auf der Agenda, obwohl „die Vereinigung mit Rumänien ein Traum der Volksfrontmitglieder“⁵³ bleibe. Die Koalitionsvereinbarung vom 21. April enthält als gemeinsame Zielsetzungen der drei ADR-Partner u.a. die Konsolidierung der Unabhängigkeit, die Lösung des Separationskonflikts im Rahmen der Verfassung (die ja eine Territorialautonomie für Transnistrien vorsieht⁵⁴) sowie den Schutz der Minderheitenrechte und die Bekämpfung jeglicher Diskriminierung. Darüber hinaus wurde eine auf dem Verfassungsprinzip der Neutralität beruhende ausgewogene Außenpolitik vereinbart, die neben der europäischen Integration ausdrücklich auch die „Festigung der Verbindungen mit Rußland und anderen Partnern in der GUS, ohne deren militärpolitischen Strukturen beizutreten“⁵⁵, anstrebt. Ungeachtet der Durchsetzung sämtlicher Programmpunkte der Zentristen hat die Kooperation mit der prorumänischen Rechten zweifellos Enttäuschung unter den Minderheiten innerhalb wie außerhalb des BDPM hervorgerufen. Heftiger Protest gegen die Koalition mit den prorumänischen Parteien wurde vor allem in Gagausien geäußert, wo die neugegründete Bewegung *Halk Birlii* (Einheit des Volkes) zu einem Bündnis „gegen die schrittweise Vereinigung mit Rumänien“ und für die Verteidigung der gagausischen Autonomie aufrief.⁵⁶

Größer als die inhaltliche Kluft zwischen den Koalitionspartnern waren zunächst die persönlichen Differenzen innerhalb des rechten Lagers wie auch zwischen Lucinschi und seinem Amtsvorgänger Snegur. Die Überwindung der teilweise noch auf den Präsidentschaftswahlkampf zurückgehenden Zerwürfnisse und Entfremdung zeugt von demokratischer Reife der Akteure, indirekt aber auch vom unübersehbaren Ausmaß der Krise des Landes. Präsident Lucinschi bekam so die Gelegenheit, seine Wahlziele Versöhnung und Ausgleich in die Tat umzusetzen. Snegur hingegen erklärte sich angesichts des belasteten Verhältnisses zum Präsidenten zu einem Verzicht auf ein Regierungsamt bereit und übernahm den praktisch wenig bedeutsamen Vorsitz der ADR.

⁵² In einem ausführlichen Artikel rechtfertigte einer der eher linksorientierten BDPM-Führer die Mitte-Rechts-Allianz mit der kompromißlosen und zugleich unrealistischen Haltung Voronins, vgl. Vladimir Solonar: 'Neizbežnost' koalicii, *Nezavisimaja Moldova*, 6.5.1998; vgl. auch Anatolij Golja: *Pravocentristskaja koalicija ne imeet al'ternativy*, *Nezavisimaja Moldova*, 17.4.1998.

⁵³ Infotag, 22.4.1998.

⁵⁴ Art. 111: Statutul special de autonomie.

⁵⁵ „Soglašenje ob obrazovanii pravjaščej koalicii ‚Al'janc za demokratiju i reformy‘, (ADR)“, *Neza-visimaja Moldova*, 23.4.1998.

⁵⁶ Infotag, 28.4.1998.

Die Alternative einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten ist ursprünglich von manchem aus dem Lager der Zentristen favorisiert worden, nachdem sich Voronin im Wahlkampf inhaltlich flexibel und zur Koalition mit den Lucinschi-Anhängern bereit zeigte. Tatsächlich waren für eine solche Mitte-Links-Koalition nicht die persönlichen, sondern inhaltliche Differenzen unüberbrückbar. Größtes Problem dieser Variante wäre das katastrophale internationale Image einer kommunistisch dominierten Regierung gewesen, das die Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschafts- und Währungsinstitutionen erheblich erschwert hätte. Die Kommunisten waren zudem nicht bereit, die politischen und wirtschaftlichen Realitäten anzuerkennen und ein Reformkonzept mit zu tragen. Vor allem die Notwendigkeit fortgesetzter Privatisierung und einer Kooperation mit Rußland und dem Westen wird von der PKRM bestritten.⁵⁷ Schließlich gab bei der Entscheidung Diacovs die Angst vor einem „bulgarischen Weg“, einer unfähigen kommunistischen Regierung, die die Probleme nur verschärft, den Ausschlag. Bezeichnend ist allerdings, daß der stets auf Harmonie bedachte Präsident bis zuletzt seine Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auch mit dem PKRM-Chef Voronin verkündete und auf das Zustandekommen der ADR sehr zurückhaltend reagierte.⁵⁸ Der Grund hierfür liegt nicht nur in seiner Skepsis gegenüber den Rechtsparteien, die ihn in der Vergangenheit oftmals persönlich angriffen. Erinnert sei auch daran, daß die Kommunisten im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen Ende 1996 Lucinschi zum Sieg verhalfen. Im Hinblick auf kommende Wahlen liegt es nicht im Interesse des Präsidenten, die PKRM völlig zu isolieren.

Die zweite Regierung Ciubuc

Die Neigung des Präsidenten zu Kompromissen ist verantwortlich dafür, daß die frischgebackene ADR-Koalition bereits nach vier Wochen vor einer Zerreißprobe stand. Lucinschi lehnte sämtliche DKM-Kandidaten für das Amt des Regierungschefs ab und beauftragte schließlich den verfassungsgemäß nach den Wahlen zurückgetretenen bisherigen Premier Ion Ciubuc erneut mit der Regierungsbildung. Ciubuc gilt als moderater Reformler und genießt hohes Ansehen selbst in den Reihen der Kommunisten. Obwohl alle drei Koalitionspartner einen jüngeren, dynamischeren Premier vorgezogen hätten, setzte sich Lucinschi mit seiner Nominierung durch. Die DKM verzichtete auf den ihr zustehenden Posten des Regierungschefs, um die gesamte Regierungsbildung nicht zu gefährden. Mit einem Ministerpräsidenten Ciubuc hofft Lucinschi, eine Polarisierung innerhalb wie außerhalb des Parlaments, insbesondere auch eine destruktive Fundamentalopposition der Kommunisten zu verhindern⁵⁹ und seinen eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. In macht-

politischer Hinsicht kann die Nominierung Ciubucs als bislang größter Erfolg des Präsidenten Lucinschi gelten.

Allerdings gelang es der ADR, Ciubucs und Lucinschis Vorstellungen eines technokratischen „überparteilichen, depolitisierten Expertenkabinetts“ zu durchkreuzen und junge Reformer des prowestlichen Lagers auf Schlüsselpositionen zu berufen. Nach dramatischen Verhandlungen wurde am letztmöglichen Termin, dem 21. Mai 1998, ein neues Kabinett unter Führung Ciubucs mit 59 zu 36 Stimmen vom Parlament bestätigt.⁶⁰ Die erste auf einer institutionalisierten Mehrparteienkoalition basierende Regierung spiegelt die schwierige Kompromißsuche einer wahrlich „großen Koalition“ zwischen ADR, Präsident und Regierungschef wider:

Tab. 2: Regierung der Republik Moldau, vereidigt am 22. Mai 1998

Name	Geburts-jahr	Amtsbezeichnung	nominiert durch
Ion Ciubuc	1943	Premierminister	Präsident
Ion Sturza	1960	Stv. Premierminister, Minister für Wirtschaft und Reformen	BDPM
Valentin Dolganiuc	1957	Stv. Premierminister, zuständig für Industrie- und Agrarpolitik	DKM
Nicolae Andronic	1959	Stv. Premierminister, zuständig für Rechtsfragen	DKM
Oleg Stratulat	1957	Stv. Premierminister, zuständig für Sozial- und Wissenschaftspolitik	PDK
Nicolae Cernomaz	1949	Staatsminister	BDPM
Nicolae Tăbăcaru	1952	Außenminister	DKM
Valeriu Pasat	1958	Verteidigungsminister	BDPM
Victor Catan	1949	Innenminister	DKM
Anatolie Arapu	1962	Finanzminister	BDPM
Ion Paduraru	1961	Justizminister	PDK
Tudor Botnaru	1935	Minister für nationale Sicherheit	DKM
Ion Tanase	1950	Minister für Industrie und Handel	DKM
Valeriu Bulgari	1956	Minister für Ernährung und Landwirtschaft	BDPM
Mihai Severovan	1947	Minister für Territorialentwicklung, kommunale Dienste und Bauwesen	DKM
Tudor Leanca	1951	Minister für Transport und Kommunikation	PDK
Arcadie Capcelea	1956	Minister für Umweltfragen	DKM
Eugen Gladun	1936	Gesundheitsminister	BDPM
Ghenadie Ciobanu	1957	Minister für Kultur	BDPM
Anatol Grimalschi	19??	Minister für Erziehung und Wissenschaft	PDK
Vladimir Gurijenko	1954	Minister für Arbeit, soziale Sicherheit und Familie	DKM

Quelle: Basa-Press, 21.5. und 22.5.1998

⁵⁷ Vgl. Solonar' (Fn. 52).

⁵⁸ Vgl. Infotag, 28.4.1998.

⁵⁹ Tatsächlich sprach Voronin zunächst von einem „gewissen Vertrauen in Ciubuc“ und entschied erst später, das neue Kabinett im Parlament abzulehnen, Infotag, 6.5.1998.

⁶⁰ Basa-Press, 21.5.1998.

Während die Kommunisten nicht mehr im Kabinett vertreten sind, konnten der angesehene Außenminister Nicolae Tăbăcaru und Verteidigungsminister Valeriu Pasat ihre Ämter behalten. Begründete Hoffnungen auf einen konsequenten Reformkurs, der auch vor unpopulären Schritten nicht zurückscheut, ruhen vor allem auf dem für Wirtschaft und Reformen zuständigen 37-jährigen Vizepremier Ion Sturza und dem 36-jährigen Finanzminister Anatolie Arapu. Während sich Sturza als erfolgreicher Bankier und Geschäftsmann höchste Anerkennung verdiente, kann der bisherige Botschafter in Brüssel Arapu auf eine dreijährige Erfahrung im Washingtoner Hauptquartier der Weltbank verweisen. Die Zusammensetzung des Kabinetts entspricht in etwa dem innerhalb der ADR vereinbarten Verteilungsschlüssel „2+2+1“. ⁶¹ Allerdings konnte sich der Präsident auch bei der Besetzung einiger Schlüsselministerien durchsetzen und die ADR-Parteien von der Nominierung mancher Kandidaten „überzeugen“.

Perspektiven für einen Neubeginn

Die Stabilität der Regierung

Die neue Führung basiert auf einer insgesamt fragilen Konstruktion: Die einzelnen Parteien und Fraktionen der Koalition sind wenig konsolidiert und müssen interne ideologische Differenzen ausgleichen. Die *Allianz für Demokratie und Reformen* ist ein Zweckbündnis unterschiedlicher Kräfte, die über keine Erfahrungen mit parlamentarischen Koalitionen verfügen. ⁶² Schließlich ist offen, ob die Kooperation zwischen ADR, Premier und Präsident die Belastungen des täglichen Regierungsgeschäfts aushält. Größtes Problem ist die rapide sinkende Bereitschaft der Bevölkerung, neue Entbehrungen und Sparmaßnahmen mit zu tragen. Massive Protestaktionen, teilweise initiiert von den Kommunisten, haben bereits begonnen und werden die Regierungsarbeit der nächsten Monate begleiten.

Allerdings gibt die bisherige Bereitschaft aller Beteiligten zu vernünftigen Kompromissen durchaus zu Optimismus Anlaß. Die tiefen persönlichen Zerwürfnisse zwischen den Akteuren konnten zumindest vorläufig überwunden werden. Die drohende Alternative einer Regierung unter Führung der PKRM scheint die reformbereiten Kräfte

⁶¹ Der Premier selbst war ursprünglich Kandidat des BDPM, den er jedoch verließ, um sein Regierungsamt auch im Wahlkampf ausüben zu können. Während der Gespräche über die Regierungsbildung wurde eine gewisse Entfremdung deutlich zwischen Ciubuc und der BDPM-Führung, die einen jüngeren Premier vorgezogen hätte, vgl. *Nezavisimaja Moldova*, 14.5.1998.

⁶² Am 28. Mai durchbrach der BDPM erstmals die Koalitionsdisziplin und ratifizierte gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Stimmen der ADR-Partner ein GUS-Abkommen über Zusammenarbeit im Katastrophenschutz, *Infotag*, 28.5.1998.

bisher wirkungsvoll zusammenzuschweißen. Disziplinierend wirkt zudem, daß ein Scheitern der neuen Führung auf alle drei ADR-Parteien zurückfallen würde.

Der Transnistrienkonflikt

Eines der größten Entwicklungshindernisse für Staat und Wirtschaft ist weiterhin der politische Separatismus im Osten des Landes. Der bisherige Verlauf des Verhandlungsprozesses zwischen Chişinău und Tiraspol zeigt, daß das antiwestliche Regime des transnistrischen Führers Igor Smirnov nicht wirklich an einer vernünftigen Kompromißlösung interessiert ist. ⁶³ Solange in Transnistrien keine substantiellen Veränderungen - demokratische und marktwirtschaftliche Reformen ⁶⁴ - sichtbar sind, erscheint eine Einigung der moldauischen Zentralregierung mit dem prorussischen Osten unwahrscheinlich. Der jüngste Versuch, eine unabhängige Zeitung in Transnistrien („*Novaja gazeta*“, Tiraspol) zu gründen, wurde von transnistrischen Behörden bereits im Ansatz vereitelt. ⁶⁵ Auch die schwer durchschaubaren Machtkämpfe in Tiraspol zwischen dem gesundheitlich angeschlagenen „Präsidenten“ Smirnov und dem Obersten Sowjet geben nicht zu Hoffnungen auf eine Demokratisierung Anlaß. ⁶⁶

Für die neue moldauische Mitte-Rechts-Regierung kommt erschwerend hinzu, daß sich Teile der Rechten mit einer Territorialautonomie für das abtrünnige Gebiet prinzipiell schwertun. Zudem hat die Rückkehr der Volksfront an die Macht eine negative symbolische Wirkung, die bereits von der transnistrischen Führung zur Rechtfertigung ihrer starren Haltung instrumentalisiert wird. So berichtete der Tiraspoler „Minister für Staatssicherheit“ Antjufeev in einer Rede anläßlich des sechsjährigen Bestehens seiner Behörde im Mai von angeblichen Plänen der neuen Chişinăuer Führung zur „Vernichtung der transnistrischen Staatlichkeit“ durch „Spionage, Diversion, Provokationen und Terror“. ⁶⁷ Vor den Wahlen hingegen hielt

⁶³ Vgl. Klemens Büscher: Separatismus in Transnistrien. Die „PMR“ zwischen Rußland und Moldova. in: *Osteuropa* 46 (1996), Heft 9, S. 860-875; Valeriu Mosneaga/Alexei Tulbure: Some Aspects of the Trans-Dnestr Problem, in: Hans-Georg Ehrhart/Oliver Thranert (Hg.): *European Conflicts and International Institutions: Cooperating with Ukraine*, Baden-Baden 1998, S. 135-144.

⁶⁴ Der Privatisierungsgedanke ist mittlerweile auch in Transnistrien nicht mehr Tabu; umstritten ist jedoch weiterhin die Privatisierung gegen Geld unter Einbeziehung ausländischer Investoren anstelle eines Kupon- bzw. Vouchersystems. Bislang gibt es keinerlei „kleine Privatisierung“ (nur eine maximal dreijährige Pacht kommunaler Infrastruktureinrichtungen). Anteile einiger der großen Aktiengesellschaften geschlossenen Typs (100% Staatsanteil) sollen jedoch demnächst an Investoren veräußert werden, u.a. des erfolgreichen Stahlwerks in Ribniţa (Rybica), des strategisch bedeutenden Kraftwerks am linken Dnjestrufer und der Tiraspoler Textilfabrik.

⁶⁵ *Infotag*, 26.5.1998.

⁶⁶ Anfang April scheiterte der Oberste Sowjet bei dem Versuch, den mächtigen Sicherheitsminister Antjufeev wegen dessen vermuteter Verantwortung für die jüngste transnistrische Währungskrise abzusetzen. Anschließend Pläne für eine Ausweitung der konstitutionellen Rechte des Parlaments schlugen jedoch bislang ebenso fehl wie parallele Bemühungen Smirnovs um eine Stärkung der Rolle des Präsidenten, *RFE/RL Newline*, 16.4.1998; *Interlic*, 27.5.1998.

⁶⁷ *Interlic*, 26.5.1998.

sich Tiraspol mit Kritik an den moldauischen Rechtsparteien zurück und attackierte vor allem die zentristischen Regierungskräfte, die angeblich „konkrete Pläne zur Destabilisierung der gesellschaftlich-politischen Lage in Transnistrien“ verfolgten.⁶⁸ Zweifellos sind die moldauischen Zentristen, denen weder Vereinigungsgelüste mit Rumänien noch Russophobie vorzuwerfen ist, die schwierigsten Verhandlungspartner für die unnachgiebige Tiraspoler Führung.

Bei den offiziellen Gesprächen über den Status Transnistriens gab es seit dem „Memorandum über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen“ vom Mai 1997⁶⁹ kaum Fortschritte. Der darin vereinbarte „gemeinsame Staat“ wird weiterhin von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert.⁷⁰ In jüngster Zeit rückten transnistrische Führer allerdings zunehmend von der Formel ab. So erklärte der Vorsitzende des Obersten Sowjets Marakuța, angesichts der hohen moldauischen Schulden käme ein gemeinsamer Staat mit gemeinsamer Haushalts- und Finanzpolitik nicht in Frage.⁷¹ Als Anfang Oktober 1997 transnistrische Unterhändler erstmals in einer substantiellen Frage, den Grenzkontrollen zwischen beiden Landesteilen, die Bereitschaft zu Zugeständnissen signalisierten, zeigte sich die Tiraspoler Führung wenig später wieder unbeweglich.⁷² Auf der letzten Verhandlungsrunde am 20. März 1998 in Odessa wurde in Anwesenheit des damaligen russischen Premiers Tschernomyrdin und des ukrainischen Präsidenten Kutschma die Entsendung ukrainischer Friedenstruppen in die Sicherheitszone am Dnestr grundsätzlich vereinbart.⁷³ Zunächst soll allerdings nur eine kleine Gruppe ukrainischer Militärbeobachter im Raum Dubăsari (Dubossary) stationiert werden. Die ebenfalls in Odessa beschlossene Inbetriebnahme der 1992 zerstörten Dnestrbrücke bei Dubăsari wird bisher von transnistrischer Seite verzögert.⁷⁴ Nach den moldauischen Wahlen geriet der Gesprächsprozess wieder ins Stocken, so daß auf absehbare Zeit mit keinen substantiellen Fortschritten zu rechnen ist. Langfristig wäre nur ein sichtbarer Erfolg moldauischer Wirtschaftsreformen in der Lage, die Attraktivität der Republik Moldau

⁶⁸ So der erste stv. Vorsitzende des Obersten Sowjets Vladimir Atamanjuk am 2.3. in einem Interview mit der transnistrischen Nachrichtenagentur Ol'vija-Press. Anfang Januar behauptete der Militärberater des transnistrischen Präsidenten im lokalen Fernsehen, nationalistische Kräfte in Chișinău bereiteten eine Invasion nach Transnistrien vor, RFE/RL Newline, 12.1.1998.

⁶⁹ Deutsch in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht 39 (1997), H. 2, S. 88-91.

⁷⁰ Vgl. Gottfried Hanne: Playing Two Different Tunes, as Usual, in Moldova, in: Transitions, Vol. 4 (1997), Heft 12 (December), S. 68-71; zur Verhandlungsposition beider Seiten vgl. auch European Centre for Minority Issues: From Ethnopolitical Conflict to Inter-Ethnic Accord in Moldova, ECMI Report #1, March 1998 sowie Stefan Troebst: Der Transnistrien-Konflikt und die OSZE, Manuskript, Flensburg, 18. Januar 1998.

⁷¹ Infotag, 4.6.1998. „Vizepräsident“ Karaman verkündete, der „gemeinsame Staat“ müsse aus zwei gleichberechtigten Subjekten bestehen, Infotag, 11.5.1998.

⁷² Dnestrovskaja pravda, 18.10.1997; Molodež' Moldovy, 18.10.1997, S.3.

⁷³ Zu den Beschlüssen von Odessa vgl. das Interview mit dem Leiter der OSZE-Mission John Evans, Basa-Press, 8.5.1998.

⁷⁴ Infotag, 14.5.1998.

entscheidend zu steigern und eine Wiedervereinigung beider Landesteile zu befördern. Voraussetzung wäre jedoch auch der bislang fehlende politische Wille der russischen Regierung, alle verfügbaren Instrumente, einschließlich des Abzugs der russischen Truppen aus Transnistrien, zur Lösung des Transnistrienkonflikts einzusetzen.⁷⁵

Neubeginn der Reformpolitik

Die notwendigen Strukturanpassungen werden in den nächsten Monaten und Jahren viel Geduld und Reformwillen erfordern. In Anbetracht der drängenden Probleme hat Vizepremier Sturza bereits drastische Reformmaßnahmen angekündigt und zur ersten Kabinettsitzung ein 56 Punkte umfassendes Anti-Krisen-Programm vorgelegt. Noch im Juni sollen ein modifiziertes Budget verabschiedet und die seit November eingefrorenen Verhandlungen mit IWF und Weltbank wiederaufgenommen werden. Beide Organisationen haben bereits Anfang Mai Unterstützung signalisiert⁷⁶ und senden im Juni Verhandlungsmissionen zur Wiederaufnahme der Kreditzahlungen nach Chișinău. Bedeutender als die Zahlungen selbst sind dabei nach Ansicht Sturzias die positiven Effekte für das beschädigte internationale Image der Moldaurepublik, die dringend ausländische Investitionen benötigt.⁷⁷

Nach Ansicht westlicher Experten gehören zu den vordringlichen Aufgaben Moldovas unter anderem die Senkung des Haushaltsdefizits, die Verringerung des Außenhandelsdefizits, der Abbau der Auslandsverschuldung und die Beschleunigung der Privatisierung und Umstrukturierung wichtiger Staatsunternehmen, insbesondere der Energieunternehmen, Telekommunikation⁷⁸, Tabak- und Weinindustrie. Die konsequente Fortsetzung der begonnenen Agrarreform wird erleichtert durch die Schwächung der Agrarlobby bei den Wahlen: Nicht zufällig leiteten Finanz- und Privatisierungsministerium im Mai erstmals Bankrotverfahren gegen 13 zahlungsunfähige landwirtschaftliche Großbetriebe ein.⁷⁹ Dringend geboten ist darüber hinaus eine Reform der sozialen Sicherung, insbesondere des Rentensystems⁸⁰ und der Sozialfonds. Die bisher verschleppte institutionelle Verankerung der marktwirtschaftlichen Reformen erfordert in den nächsten Monaten die Verabschiedung bzw. Novellierung einer Vielzahl von Gesetzen. Schließlich bedarf die Territorialverwaltung einer grundlegenden Modernisierung und Neuordnung. Das im Mai von Regierung-

⁷⁵ Der russische Stellvertretende GUS-Minister Kravcov fiel Anfang Januar 1998 hinter die bisherige Position Moskaus zurück als er verkündete, die russischen Truppen würden keinesfalls vor einer vollständigen Regelung des Konflikts abgezogen, REF/RL Newline, 12.1.1998. Zur offiziellen Position der russischen Führung vgl. Büscher (Fn. 4), S. 19f.

⁷⁶ Infotag, 7.5.1998.

⁷⁷ Vgl. das ausführliche Interview mit Sturza in Infotag, 2.6.1998.

⁷⁸ Der Verkauf von 40% des Monopolunternehmens Moldtelecom, die potentiell größte ausländische Einzelinvestition bisher, ist im Frühjahr 1998 zunächst gescheitert.

⁷⁹ Infotag, 14.5.1998 und Infotag Weekly Business Report #17, May 1998.

⁸⁰ Vgl. A.A. Rožko/V.S. Gavrilica: Konceptual'nye osnovy reformirovanija sistemy pensionnogo obespečenija, in: Economie și sociologie - Ekonomika i sociologija, H. 1/1997, S. 29-44.

sexperten vorgelegte vorläufige Arbeitsprogramm ist den Vorgaben von IWF und Weltbank weitgehend gefolgt und sieht für 1998 einen Zuwachs des BIP von 3-5% und die Senkung der Inflationsrate auf 7-9% vor.⁸¹ Weniger realistisch erscheint dagegen das Ziel einer Reduktion des Haushaltsdefizits 1998 auf 3,5% des BIP.

Gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Problematik nehmen sich außenpolitische Fragen zur Zeit vergleichsweise zweitrangig aus. An der strategischen Priorität einer Integration in europäische Strukturen besteht im Regierungslager ebenso wenig Zweifel wie an der Tatsache, daß jede Außenpolitik auf absehbare Zeit der wirtschaftlichen Genesung des Landes dienen muß. Im Dezember 1997 hat Präsident Lucinschi in einem offiziellen Schreiben an die EU um Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen gebeten.⁸² Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kreditoren aus Ost und West muß sich Moldova insbesondere um die Verbesserung seines internationalen Ratings bemühen. Bei den nachbarschaftlichen Beziehungen mit Rumänien und der Ukraine steht die Diversifizierung der Energieimporte im Vordergrund.⁸³ Eine Beteiligung am rumänischen Kernkraftwerk in Cernavoda mit dem Ziel, Alternativen zu den Stromlieferungen aus Dubăsari zu eröffnen, scheitert vermutlich an den Finanzproblemen Moldovas. Der im letzten Jahr begonnene Bau eines Ölterminals mit einer projektierten Jahreskapazität von zwei Millionen Tonnen Rohöl in der Nähe der südlichsten moldauischen Ortschaft Giurgiuleşti an der Donau hat die Probleme bei der Festlegung des Grenzverlaufs zur Ukraine verschärft. Beide Seiten beanspruchen einen schmalen Gebietsstreifen von wenigen Hundert Metern, den Moldova für das strategisch bedeutende Terminal benötigt.⁸⁴ Auch die Kooperation mit Georgien, der Ukraine und Aserbajdschan im Rahmen der informellen GUAM-Allianz verfolgt primär ökonomische Ziele. Mittelfristig verspricht sich Chişinău Zugang zu Kaspischem Öl durch gemeinsame Pipelineprojekte, langfristig zielt die GUAM auf eine Anbindung an künftige Energie- und Handelskorridore zwischen EU und den ASEAN-Staaten.

Nach sieben weitgehend verschenkten Jahren haben die jüngsten Wahlen der Republik Moldau eine zweite Chance für Reformen beschert. Zwar erscheinen die Probleme des Landes immens, doch sind die innenpolitischen Kräfteverhältnisse für eine durchgreifende wirtschaftliche und politische Modernisierung heute günstiger denn je. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident, Regierung und die neue parlamentarische Koalition gemeinsam in der Lage sein werden, die Chance für einen wirklichen Neubeginn zu nutzen.

⁸¹ „Main Provisions of the New Moldovan Government's 1998-2001 Working Program“, Infotag Weekly Business Report #20, May 1998. Ähnlich hatte sich zuvor Präsident Lucinschi zu den zentralen Zielsetzungen der Regierung geäußert.

⁸² RFE/RL Newline, 15.12.1997.

⁸³ Vgl. Neukirch (Fn 15).

⁸⁴ Moldova und die Ukraine wollen sich nun an Moskau wenden, wo die Originaldokumentation zum Grenzverlauf vermutet wird, Infotag 22.5.1998.